

Der Euro : ein Spagat zwischen Politik und wirtschaftlichen Realitäten

Autor(en): **Straub, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **78 (1998)**

Heft 6

PDF erstellt am: **16.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165923>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Robert Straub

DER EURO – EIN SPAGAT ZWISCHEN POLITIK UND WIRTSCHAFTLICHEN REALITÄTEN

Der Euro als Einheitswährung wird die regionalen wirtschaftlichen Differenzen verstärken und deren Lösung erschweren. Dies ist die Folge des Verlustes der wirksamsten wirtschaftspolitischen Instrumente. Eine autonome Geldpolitik ist für die Mitgliedsländer nicht mehr möglich. Die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen – Arbeitsmarktpolitik gegen Stabilitätspolitik – werden langfristig zu einem zentralen Problem des Projektes. Die mangelnden Ausgleichsmechanismen zwischen wachstumsstarken und -schwachen Ländern werden längerfristig enorme Transferzahlungen provozieren. Bei allen Vorteilen, die eine gemeinsame Währung mit sich bringt, droht diese langfristig zu einer eigentlichen Zerreihsprobe für die Gemeinschaft zu werden. Das Risiko ist gross, dass die Einheitswährung Europa nicht einigen wird, sondern einen Keil zwischen Ländergruppen schlägt mit allen negativen Folgen wie Protektionismus und Nationalismus.

Der Euro ist ein Produkt der Politik. Die offensichtlichen Vorteile einer gemeinsamen Währung – Wegfall von Changekosten und Währungsabsicherungen, absolute Preistransparenz und damit eine Intensivierung des Wettbewerbs, Wegfall von Preisdiskriminierungen, Gegengewicht zur Hegemonie des Dollars usw. – haben dazu geführt, dass der Gedanke einer gemeinsamen Währung in Kreisen der Politik und der Medien rasch viele Anhänger fand. Hinzu kamen die wohl irrigen Vorstellungen, der Euro sei erstens das entscheidende Druckmittel zur Beschleunigung der politischen und wirtschaftlichen Integration, zweitens sei ein Freihandelsraum ohne gemeinsame Währung kaum denkbar und drittens könnten mit dem Euro Konflikte und letztlich Kriege in Europa dauerhaft vermieden werden. So kann es nicht überraschen, dass bezüglich Schaffung des Euros die Grundsatzentscheide sehr rasch gefällt wurden, so dass es aus den geschaffenen Präjudizien kein Entrinnen mehr gab. Allzu rasch ist man zur Umsetzung des Projekts geschritten, anstatt die Chancen und Risiken des Projektes einer wissenschaftlichen Abwägung und einer eingehenden Erörterung zu unterziehen.

Preisstabilität um jeden Preis?

Die Gefahren des Euros sind beträchtlich. Dies beginnt schon mit der Antinomie der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen von Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung: Je mehr mit geldpolitischen Mitteln der Zentralbank für das eine getan wird, desto

mehr gefährdet man das andere. Deutschland setzt sich für die Preisstabilität ein, ein Ziel, das angesichts der absoluten Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank kurzfristig wahrscheinlich auch durchgesetzt werden kann; die Zentralbank will der Welt beweisen, dass der Euro stark ist und wird sich daher in erster Linie am Dollar orientieren. Diese Politik ist für Länder ohne gravierende Konjunktur- und Strukturprobleme durchaus richtig.

Der Preisstabilität dürfte durch die Europäische Zentralbank somit in den ersten Jahren eine zu grosse Bedeutung beigemessen werden. Damit ist die Gefahr sehr gross, dass eine zu restriktive und deflationäre Geldpolitik verfolgt wird, wodurch die wirtschaftlichen Probleme in Europa verlängert werden. Das zentrale Problem der nächsten Jahre in Europa wird nicht die Inflation, sondern die Arbeitslosigkeit sein. Bereits die weltweite Globalisierung der Wirtschaft bewirkt einen Zwang, dort zu produzieren, wo es am günstigsten ist, wodurch die Beschäftigungsprobleme in Ländern mit hohen Lohn- und Sozialkosten verschärft werden. Diese Tendenz wird in Europa durch die Schaffung des Euros verstärkt. Eine eigenständige Geld- und Währungspolitik einzelner Länder mit strukturellen Wirtschaftsproblemen wird nicht mehr möglich sein. Dabei hat sich die Geld- und Währungspolitik als das wirkungsvollste wirtschaftspolitische Instrument erwiesen. Mit dem Euro fällt dieses Instrument weg, selbst die automatischen Ausgleichsmechanismen funktionieren nicht mehr. Ein Land mit einer wirtschaftlichen Krise profitiert mit einer eigenen Währung von sin-

kenden Zinsen und der Abwertung der eigenen Währung, dies sind automatische Stabilisatoren, die bei einer gemeinsamen Währung entfallen. Empirische Studien belegen die grosse Wirkung der Geld- und Währungspolitik bei der Überwindung einer Rezession und bei der Bekämpfung struktureller Probleme. Mit der Einführung des Euro fällt dies alles weg, die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Ländern wird deutlich verschärft. Für südliche Länder Europas dürfte der Euro in den ersten Jahren nach Einführung möglicherweise stärker sein als ihnen lieb ist.

Fragwürdige Maastricht-Kriterien

Dass die meisten Länder die sogenannten Maastricht-Kriterien für den Beitritt zur Währungsunion erfüllten, hat angesichts der vorwiegend politischen Bedeutung des Vorhabens wohl niemanden sonderlich überrascht. Eine ganz andere Frage ist, ob die Erfordernisse bezüglich Preisstabilität, Budgetdefizit, Wechselkurs und langfristige Zinsen wirklich die richtigen Kriterien sind. Dies ist zu bezweifeln.

Eigentliches Kriterium wäre doch das Vorhandensein einheitlicher wirtschaftlicher und sozialer Strukturen – ein Kriterium, das sicher nicht erfüllt ist.

Zu diesen Strukturen wären insbesondere vier Bereiche zu zählen, die eine gemeinsame Basis haben müssten. *Erstens* müsste die absolute Priorität der Inflationsbekämpfung, wie dies von Deutschland leidenschaftlich vertreten wird, auch von allen anderen



Objekt der Hoffnung der einen und der Skepsis der anderen: der Euro, hier die 5-Euro-Banknote.

Eigentliches Kriterium wäre doch das Vorhandensein einheitlicher wirtschaftlicher und sozialer Strukturen – ein Kriterium, das sicherlich nicht erfüllt ist.

Mitgliedsländern getragen werden. Die Erfahrung lehrt, dass dies in den letzten Jahrzehnten keineswegs gegeben war. *Zweitens* müssten die Lohnkosten flexibel sein und zwar nach oben und nach unten, damit für Investoren Anreize bestehen, in Ländern mit grosser Unterbeschäftigung Investitionen zu tätigen und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Flexibilität ist in Europa eindeutig nicht gegeben angesichts

der weitgehenden Regulierungen mit hohen Mindestlöhnen, Arbeitszeitbeschränkungen und dergleichen. *Drittens* müsste in der Bevölkerung eine Mobilität vorhanden sein, damit Arbeitskräfte von Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit in Länder mit geringer Arbeitslosigkeit wandern und so einen Ausgleich schaffen. Hohe Wanderungen sind in Europa aber entweder nicht gegeben oder würden besondere Probleme schaffen. *Viertens* müsste ein starker Wille zu einem Finanzausgleich innerhalb der Länder der Währungsunion bestehen; in den Maastricht-Verträgen sind aber Transferzahlungen nicht vorgesehen.

Fehlende Ausgleichsmechanismen

Die Arbeitslosigkeit ist wie erwähnt das grosse Problem der nächsten Jahre. Hinzu kommen die strukturell bedingten grossen Unterschiede in den Arbeitslosenzahlen. Die zentrale Frage, wie diesem Problem begegnet werden kann, wird in politischen Kreisen der Union zu wenig ernst genommen. Die notwendigen Ausgleichsmechanismen sind nicht gegeben:

Erstens fällt die autonome Geld- und Währungspolitik als zentrales und wirksames Instrument der heutigen Währungsordnung mit der Währungsunion weg. *Zweitens* ist die Flexibilität der Lohnkosten einschliesslich Sozialleistungen nach unten sicher in den meisten Ländern nicht vorhanden. Eher wird eine höhere Arbeitslosigkeit in Kauf genommen, als dass an den Errungenschaften bezüglich Mindestlöhne, Arbeitslosenentschädigung, Arbeitszeit usw. gerüttelt wird. Die in Frankreich geführten Diskussionen bezüglich Einführung der 35-Stunden-Woche trotz einer Arbeitslosenquote von 12,5 Prozent haben dies erneut bestätigt. In Notenbankkreisen rechnet man hingegen mit dieser Flexibilität aus dem einfachen Grunde, weil andere Ausgleichsmechanismen fehlen.

Drittens ist die Mobilität der Arbeitskräfte wegen den kulturellen und sprachlichen Barrieren nicht gegeben und wahrscheinlich auch nicht von allen Kreisen erwünscht, da Konkurrenz am heimischen Arbeitsmarkt durch Zuwanderung in Gewerkschaftskreisen nicht gern gesehen wird. Zu erwähnen ist beispielsweise, dass ein Gericht in Deutschland bestimmt hat, dass für einheimische und fremde Arbeiter die gleichen Löhne zu bezahlen sind. Dadurch werden Fremdarbeiter mit anderem sprachlichem und kulturellem Hintergrund vom Arbeitsmarkt weggedrängt. Dabei müsste der Arbeitnehmer dort

arbeiten können, wo er den besten Lohn erhält, so wie der Unternehmer dort produzieren muss, wo es am günstigsten ist. Der freie Personenverkehr ist gesetzlich und vertraglich geregelt, die Mobilität hingegen kann man nicht amtlich verordnen. Dass eine allfällig grosse Mobilität auch Probleme der Fremdenfeindlichkeit schaffen könnte, sei nur am Rande bemerkt. Bleibt also eine steigende Arbeitslosigkeit in Ländern mit strukturellen Problemen, so besteht die Gefahr der wirtschaftlichen Stimulierung mittels staatlicher Defizitfinanzierung mit entsprechender Verschuldung, wodurch ein Druck auf die Europäische Notenbank entstehen kann. Kann sie trotz Unabhängigkeit das Ziel der Geldwertstabilität um jeden Preis noch aufrechterhalten? Das Problem wird dann akut, wenn aus preispolitischen Gründen die Zinsen angehoben werden müssten – dann besteht durchaus die Gefahr, dass beispielsweise die deutschen Vertreter durch die Portugiesen, Spanier und Italiener überstimmt werden.

Soll die Geldwertstabilität nicht gefährdet werden, müssten sich die Vertreter Deutschlands bezüglich einer absoluten Priorität dieser Zielsetzung durchsetzen. Dies dürfte aber ohne Konzessionen auf anderen Gebieten kaum möglich sein. Es stellt sich daher *viertens* die Frage, ob Transferzahlungen früher oder später als Ausgleichsmechanismus nicht doch ein Thema werden könnten, obschon dies in den Verträgen nicht vorgesehen ist. Ob dies in Deutschland angesichts der bereits bestehenden Finanzlasten für die neuen Bundesländer nach der deutschen Einheit ohne weiteres akzeptiert würde, ist aber fraglich.

Kurzfristig wird der Euro sicher eine starke Währung sein. Ob dies auch langfristig immer möglich sein wird, ist angesichts der fehlenden oder nicht durchsetzbaren Ausgleichsmechanismen fraglich. Bezeichnenderweise möchte Frankreich bei der Europäischen Zentralbank auch die Arbeitsmarktpolitik als Gegengewicht zum Stabilitätsgedanken und damit politische Gesichtspunkte einbringen bzw. institutionalisieren. Wie ein allfälliger Ausgleichsmechanismus zwischen strukturstarken und -schwachen Ländern auch stattfinden soll, unterschiedliche wirtschaftspolitische Zielsetzungen, Wanderungen, Transferzahlungen usw. beinhalten ein enormes politisches und gesellschaftliches Konfliktpotential mit entsprechenden Implikationen, was im Endeffekt zu einer Renaissance der Nationalstaaten als Schutzgehäuse führen kann. Die Problematik ist letztlich, dass über eine gemeinsame Währung eine gemeinsame Staatlichkeit erzwungen werden soll; historisch war es jeweils umgekehrt: Wie die Beispiele Italiens und Deutschlands im 19. Jahrhundert zeigten, erfolgte jeweils die staatliche Vereinigung und anschliessend oder gleichzeitig die Schaffung einer gemeinsamen Währung und nicht umgekehrt – dies aus guten Gründen!

Weder mit den USA ...

Europa wird von Befürwortern der Währungsunion gern mit den USA verglichen. Doch bestehen dort, gerade was diese Ausgleichsmechanismen anbetrifft, grundlegend andere Verhältnisse. Im Gegensatz zu den Europäern sind die Amerikaner ausserordentlich mobil, sie waren ursprünglich alle einmal Einwanderer, sie sprechen die gleiche Sprache, haben die gleiche Kultur und Lebenseinstellung. Wanderungen innerhalb der USA provozieren keinerlei Fremdenfeindlichkeit. Wie anders sind doch die Verhältnisse in Europa: So konnten beispielsweise in der Schweiz in den 60er Jahren grössere politische Implikationen und nationalistische Bewegungen nur mittels einer restriktiven Ausländerpolitik vermieden werden. In den USA wechseln jährlich schätzungsweise 17 Prozent der Beschäftigten problemlos den Wohnsitz und 3 Prozent ziehen jährlich in einen anderen Bundesstaat. So können die regionalen wirtschaftlichen Unterschiede weitgehend durch Wanderungen ausgeglichen werden. Die Wanderungen werden auch nicht durch übertriebene Sozialleistungen behindert, beispielsweise ist die Arbeitslosenunterstützung nicht derart ausgebaut, dass die Anreize zur Wanderung markant geschwächt würden.

Ein wesentlicher Vorteil für den Ausgleich in den USA liegt ferner in der grossen Flexibilität der Löhne, welche einerseits die Wanderungen und andererseits die Investitionen in wirtschaftlich schwächeren Gebieten begünstigt.

In den USA konnte schliesslich dank der gemeinsamen Staatlichkeit auch ein Finanzausgleich realisiert werden und zwar in einem Ausmass, wie er in Europa undenkbar ist. Ohne einen gemeinsamen Staat stösst die Solidarität rasch auf unüberwindbare Grenzen. Um eine Umverteilung zwischen den Ländern Europas im Ausmass der Umverteilung zwischen den Staaten der USA zu erreichen, wären jährliche Transferzahlungen in der Grössenordnung von 100 Milliarden Dollar nötig. Transferzahlungen sind aber in den Satzungen des Euros gar nicht vorgesehen. Zusammenfassend zeigt sich mit aller Deutlichkeit, dass im Gegensatz zu den USA in Europa die Strukturen und Instrumente für eine Einheitswährung nicht vorhanden sind.

... noch mit der Schweiz vergleichbar

Mit Blick auf die Schweiz wird häufig darauf hingewiesen, dass es auch in Europa möglich sei, mit einer einheitlichen Währung trotz verschiedenen Sprachen und Kulturen gut zu leben. Dabei wird übersehen, dass in der Schweiz viele verbindende Elemente bestehen, die Europa als Ganzem fehlen. Dazu gehören die gemeinsame Geschichte und Tradition auf der

Basis des verbindenden Bundesstaates, die direkte Demokratie usw. Auf dieser Grundlage ist auch ein wirksamer Finanzausgleich möglich. Im übrigen kam auch in der Schweiz die gemeinsame Währung erst, nachdem sich die politische Einheit gefestigt hatte und nicht umgekehrt. Auch die Sprachenvielfalt ist in der Schweiz insofern kein unüberwindbares Hindernis, nachdem in der Praxis mit den Hauptsprachen Deutsch und Französisch die Verständigungsfrage gelöst ist. In Europa als Ganzem sind die sprachlichen Hindernisse viel bedeutungsvoller.

Schliesslich ist die Kleinheit der Schweiz für die Lösung mancher Probleme ein bedeutender Vorteil. In einem kleinen Raum werden Wanderungen wesentlich erleichtert. So können bei Stellenwechsel innerhalb der Schweiz Wohnortwechsel durch längere Arbeitswege vermieden werden oder der Arbeitsort mit einem Wochenaufenthalt kombiniert werden. Durch die verbindenden Elemente entstehen auch keine Abwehrreaktionen und Diskriminierungen, so dass die Mobilität innerhalb der Schweiz wesentlich grösser ist als zwischen verschiedenen Staaten mit gemeinsamer Währung.

Erfahrungen aus der Wiedervereinigung Deutschlands

Dass die Verschmelzung zweier nicht homogener Wirtschaftsräume mit einheitlicher Währung trotz gleicher Sprache zu grösseren Problemen führen kann, zeigt die Schaffung der Deutschen Einheit. Um Wanderungen von den neuen zu den alten Bundesländern grossen Stils vorzubeugen, wurde in den neuen Bundesländern das gleiche Sozialnetz wie in Westdeutschland aufgebaut, es wurden enorme Steuervorteile für den Osten zugestanden, für die Wohnbautätigkeit wurden steuerliche Anreize geschaffen, und vor allem stiegen in den neuen Bundesländern die Löhne auf das westliche Niveau. Daher wurde Ostdeutschland etwa im Vergleich zu anderen Ostländern für private Investitionen unattraktiv. Hätten die neuen Bundesländer während einiger Jahre trotz Wiedervereinigung noch eine eigene flexible Währung, so würde sich Ostdeutschland viel rascher entwickeln als jetzt mit der DM als Einheitswährung. Auch hier fehlt der Ausgleichsmechanismus über Zinsen und Wechselkurs in Verbindung mit einer eigenständigen Geldpolitik.

Mit den Transferzahlungen von den alten zu den neuen Bundesländern liegt die Last der Wiedervereinigung auf Westdeutschland. Darunter leidet die Wettbewerbsfähigkeit dieses Landes. Dass im übrigen Transferzahlungen nur eine bescheidene Entwicklung auf den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen starken und schwachen Regionen haben, zeigt das Beispiel Italiens. Die erfolgreiche Region des Nor-

dens Italiens wird seit Jahren stark belastet, während die schwachen Regionen Süditaliens keine nennenswerte Wachstumsschübe erzielen. Dass sich auch politischer Widerstand in einer solchen Situation bilden kann, zeigen – freilich noch nicht sehr ernst zu nehmende – Abspaltungsbestrebungen in Norditalien. Nur besteht in Italien seit rund hundert Jahren eine politische Einheit, während im Raum der Euro-Länder keine politische Einheit besteht, so dass hier Widerstände gegen Transferzahlungen viel rascher und entschiedener kommen könnten. Die Gefahr besteht jedenfalls, dass im Euroraum ähnlich wie in Deutschland nach der Wiedervereinigung grosse Transferzahlungen ausgelöst werden, die wiederum zu einem grossen Teil zu Lasten Deutschlands gehen könnten. Es ist daher erstaunlich, dass gerade deutsche Politiker nach den Erfahrungen mit der deutschen Einheit sich so nachdrücklich für die Verwirklichung des Euros einsetzen.

Ausblick

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass in Europa die Strukturen und Instrumente für eine Einheitswährung mindestens vorderhand nicht gegeben sind und dass keine wirksamen Ausgleichsmechanismen zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Ländern bestehen. Die Einheitswährung wird auf absehbare Zeit diese regionalen wirtschaftlichen Differenzen noch verstärken und deren Lösung erschweren. Dies vor allem wegen des Verlustes der autonomen Geld- und Währungspolitik als wirksamstes wirtschaftspolitisches Instrument. Der wirtschaftspolitische Zielkonflikt zwischen Geldwertstabilität und Beschäftigungspolitik wird spätestens bei der allfälligen Notwendigkeit von Zinserhöhungen akut werden. Endet dieser permanente Konflikt in einem Kompromiss, wird das erklärte Stabilitätsziel langfristig gefährdet sein.

Die Einheitswährung ist ein gewagtes Experiment im Sinne eines Präjudizes für eine europäische Staatlichkeit. Einen europäischen Staat darf man als sehr langfristige Option durchaus als sinnvoll erachten. Die Gefahr ist jedoch gross, dass der Euro mit all den geschilderten Problemen dieses Ziel nicht fördern wird. Statt Europa zu einigen, könnte die Einheitswährung einen Keil zwischen Ländergruppen schlagen und damit zur eigentlichen Zerreihsprobe der Gemeinschaft mit den möglichen Gefahren bezüglich Protektionismus und Nationalismus werden. ♦

.....

ROBERT STRAUB, geboren 1940, Studium der Nationalökonomie an den Universitäten Zürich und Freiburg (CH) und Promotion zum Dr. rer. pol. Bis 1974 in der Privatwirtschaft tätig, 1974–1995 beim Kanton Zürich als Chef der Vermögensverwaltung und als Chef der Finanzverwaltung. Seit 1995 eigenes Büro für Finanz- und Vermögensberatung in Zürich. Präsident des Stiftungsrates der IST Investmentstiftung für Personalvorsorge.